

# Der Enztäler.

Anzeiger für das Enztal und Umgebung.  
Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neuenbürg.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Samstag den 15. März 1930.

### Anzeigenpreis:

Die einpolige Zeitungs-  
oder deren Raum 25 J.  
Kleinanzeigen 100  
Broschüren, Plakate  
und Auskunftsblätter  
20 J. Bei größeren  
Aufträgen Rabatt, der  
im Falle des Abdruckes  
hinzu tritt, wird  
ebenfalls innerhalb 8 Tagen  
nach Rechnungsdatum  
erfolgt. Bei Tarifänderungen  
treten sofort alle  
früher vereinbarten  
Abstände in Kraft.  
Schriftlich für beide  
Teile: Neuenbürg.  
Für Tel. Tafel, wird keine  
Gewehr übernommen.

Bezugspreis:  
Monatlich in Neuenbürg  
1.50. Durch die Ver-  
einbarung mit dem Ver-  
leger, sowie im sonst.  
inl. Verk. 1.35 m. Post-  
beleglos. Preis frei-  
lich einer Nummer  
10 J.

In Fällen höh. Gehalts  
besteht kein Anspruch auf  
Lieferung der Zeitung od.  
auf Rückzahlung des  
Bezugspreises.

Beschlüssen nehmen alle  
Bestellen, sowie Agen-  
turen u. Anzeigerinnen  
jederzeit entgegen.

Fernsprecher Nr. 4.

Druck und Verlag der G. Meck'schen Buchdruckerei (Inhaber D. Ström). Für die Schriftleitung verantwortlich D. Ström in Neuenbürg.

62.

88. Jahrgang.

## Deutschland

### Der Hungermarsch nach Dresden.

Dresden, 13. März. Anlässlich des Hungermarsches nach Dresden, zu dem die kommunistische Presse aufgerufen hatte, kam es heute nachmittag verschiedentlich zu Zusammenstößen mit der Polizei. Der Zug von etwa 2000 Mann war jedoch nicht so groß, wie von den Kommunisten erwartet worden war. In den Nachmittagsstunden kam es in der inneren Altstadt im Anschluss an kommunistische Versammlungen zu größeren Zusammenrottungen. Diese demonstrativen Zusammenkünfte sind ohne besondere Mühe, zum Teil unter Zuhilfenahme berittener Polizei und Einheiten eines Panzerzuges zerstreut worden. Verschiedentlich wurde die Polizei mit Steinen und Flaschen beworfen. Auch wurden einzelne Demonstranten mit Revolvern bedroht, wie auch nach Vertreibung der Menge Revolvermunition auf der Straße gefunden worden ist. Von den im Laufe des Abends festgenommenen Demonstranten befanden sich um Mitternacht noch 125 in polizeilichem Gewahrsam, darunter 6 Ausländer und 37 Ortsfremde.

### Hindenburgs Brief an den Kanzler.

Berlin, 14. März. In dem Schreiben, das der Reichspräsident v. Hindenburg am Donnerstag dem Reichskanzler gesandt hat, weist mit besonderer Betonung Hindenburg darauf hin, dass seiner Ansicht nach die schwere Wirtschaftskrise hoffentlich überwunden werde und die deutsche Wirtschaft endlich wieder eine Belebung erfahren werde. Es sei deshalb nötig, dass man nunmehr mit kräftigen Kräften daran gehe, die Lösung der dringenden politischen und wirtschaftlichen Probleme des Augenblicks in Angriff zu nehmen.

### Zugehörigkeit an die Deutsche Volkspartei.

Berlin, 13. März. Die Parteien der Weimarer Koalition haben den Eindruck vermeiden wollen, als ob ihre gänzliche Verhandlungen wegen eines geforderten Finanzprogramms nur dazu dienen würden, um dem Zentrum die Zustimmung zum Finanzplan zu erzwingen. Sie wollten doch wenigstens dokumentieren, dass es ihnen ernst gewesen sei und hatten deshalb für den Donnerstag nachmittag neue Versprechungen zur Weiterentwicklung dieses Programmes angelehrt. Inzwischen aber haben ihnen die Bayern durch ihre Extraktur am Mittwoch einen Strich durch die Rechnung gemacht. Nicht nur die Sozialdemokraten und Demokraten, auch das Zentrum war davon überzeugt, dass eine Finanzreform, bei der die Bayern das Hauptgewicht bilden, mit einer solchen Finanzreform nichts mehr zu tun hat, weil sie lediglich den bayerischen Landesinteressen dienen soll. Sie haben deshalb im letzten Augenblick auch noch eine Einladung an die Deutsche Volkspartei ergehen lassen, die dieser Aufforderung sofort gefolgt ist. Ein merkwürdiges Wiedersehen zu München! Nachdem in der vorigen Woche die Verhandlungen sich totgelassen hatten und eine Krise unvermeidlich schien, lehnte man sich jetzt wieder zusammen, um noch einmal von vorne anzufangen. Dass da von allen Seiten sehr vorsichtig operiert wird, ist selbstverständlich. Am Donnerstag ist deshalb auch nichts weiter geschehen, als dass die Fraktionen ihre verschiedenen Standpunkte noch einmal formuliert und gegeneinander zur Kenntnis genommen haben, wobei als einzig Positives herauskam, dass die Besprechungen am Freitag fortgesetzt werden sollen. Gerade aber wegen der Empfindlichkeiten auf allen Seiten wird man sehr langsam weiterkommen. Am nächsten Dienstag beginnt das Plenum mit der Beratung der Regierungsvorlage, die dann an den Ausschuss und die interfraktionellen Besprechungen nebeneinander arbeiten, und es wird mindestens noch eine Woche dauern, bis sich die Erfolgsaussichten übersehen lassen. Als allgemeiner Eindruck ist festzustellen, dass die Sozialdemokraten und das Zentrum wieder etwas weicher geworden sind, weil sie sehen, dass es ohne die Volkspartei nicht geht und dass sie deshalb bereit sind, den Forderungen der Volkspartei weiter entgegenzukommen als vor der Krise. Ob aber die Zugeständnisse, die sie machen wollen, groß genug sind, um das Mindestprogramm der Volkspartei zu erfüllen, ist eine Frage, die sich im Augenblick nicht beantworten lässt. Man optimistisch werden vorderhand die Aussichten nicht beurteilt. Der parlamentarische Optimismus rechnet nur darauf, weil es diesmal gelungen sei, die Krise zu überwinden, würde das auch Ende April möglich sein, wenn man auch aus dem Brief des Reichspräsidenten an den Reichskanzler ersichtliche Wirkungen auf alle Fraktionen sich verspricht.

### Rachtlänge zur Hindenburg-Votivkarte.

Berlin, 14. März. Offenbar vor einer Zentralstelle veranlasst sind gestern Abend im Anschluss an die Unterzeichnung der Youngpact durch den Reichspräsidenten Kundgebungen der nationalsozialistischen Jugend veranstaltet worden. Sie sollen, wie die „Deutsche Zeitung“ andeutet, am Sonntag unter dem Namen „Aktion der Jugend“ in allen Teilen des Reiches ihren Höhepunkt erreichen. Zur symbolischen Kennzeichnung ungebrochener Kampfbereitschaft will man, ähnlich wie anno 1892 die akademische Jugend auf dem Hambacher Fest mit den Wetterfahnen-Schriften, den Neuen Plan in loderndes Feuer werfen. Schon gestern ist auf die Art vor dem Reichstag demonstriert worden. Gegen 10 Uhr abends entdeckte Schaulustige am Haupteingang des Reichstagsgebäudes gegenüber der Stagesäle einen Plahl, an dem ein Plakat mit der Aufschrift angebracht war: „Die Jugend erhebt den Neuen Plan nicht an und verbrennt das Schwandokument.“ In dem Plahl brannte ein kleines Feuer. Die Polizeibeamten entfernten das Gesehene mit der Feder.

### Die Volkstagskonvention für den Reichspräsidenten.

Der Reichstagsabgeordnete Teodorikus hat namens der Volkstagskonvention Berechtigung an den Reichspräsidenten von Hindenburg folgenden Brief gerichtet:

Hochgehrter Herr Reichspräsident! Doch zu wechselnder Vereinnahmung bitte ich Sie, Excellenz, nach den tatsächlichen Umständen erstere Entscheidungen das erneute Erkenntnis unüberänderter Treue und Ergebenheit zum Ausdruck bringen zu dürfen. In dem Augenblick, da die Abwehr eines neuen Diktates für unser schwer geprüftes Volk haben wir mit Sie, Excellenz, empfinden, in welchem Ausmaß das Bewusstsein persönlicher Verantwortung, das uns alle erfüllt, das Reichsoberhaupt belasten musste. Wir haben daher tiefes Verständnis für die Größe des Opfers, das Sie, Excellenz, unter Distanzierung persönlicher Rücksichten der Pflicht gebracht haben. Neben verbanntem Aussehen äußeren Zwang hat die innere Zerrissenheit der Nation die Handels- und Entschlossenheit des deutschen Volkes gelähmt. Die Überwindung der nationalen Uneinigkeit ist jetzt erst recht dringender Gebot. Wir sind bereit, alle unsere Kraft in den Dienst dieser Aufgabe zu stellen und stehen in unerschütterlicher und unwandelbarer Treue zu Sie, Excellenz.

### Nähe Verabschiedung des Brotgesetzes.

Berlin, 11. März. Hier und da ist bekannt geworden, die Regierung erwäge den Plan, anderweitige Teile der deutschen Roggenrente in irgend einer Form zu veräußern, falls es nicht gelingt, dem deutschen Roggenmarkt eine Entlastung zu bringen. Diese Werbung ist, wie der „Demokratische Zeitungsdienst“ mit Bestimmtheit erklären kann, in jeder Beziehung falsch. Das deutsche Volk ist nicht so reich, dass es sich einen solchen Wucher leisten könnte, wie er beispielsweise von den Südamerikanern während des Krieges geübt worden ist, als man den Mais in Amerika der Dampfmaschinen verleierte, weil die Ausfuhr nach Europa durch die Blockade unterbunden war. Regierung und Parlament hoffen immer noch, der Roggenrenten durch vernünftige Maßnahmen Herr zu werden. Im Vordergrund steht zunächst das Brotgesetz, das ohne Ausnahmeverordnung erledigt werden soll. Es steht für Montag auf der Tagesordnung des Reichstags und zwar will man versuchen, an die erste Lesung, folglich die zweite Lesung anzuschließen, so dass bereits am Dienstag die dritte Lesung und die Verabschiedung des Gesetzes erfolgen könnten.

### Die Postbeschie gegen die Gebrüder Skarel aufrecht erhalten.

Berlin, 13. März. In dem Ostprüfungsstermin gegen die Gebrüder Skarel wurden die gegen den Angeklagten Max Skarel bestehenden Haftbefehle aufrecht erhalten, da dringender Tatverdacht und Anhaltverdacht fortbesteht. Er wird jedoch bis auf weiteres mit Untersuchungshaft verschont, weil die 1. Instanz gebietet Sachverständigen die Aufhebung der Untersuchungshaft dringend befürwortet haben, da sonst mit der Gefahr einer erheblich fortgeschrittenen Verfallminderung der schweren Erkrankung sowie mit der Möglichkeit eines plötzlichen Todes zu rechnen sei. (Verhaftung, Arterienverletzung und Nierenentzündung). Max Skarel muss sich aber an 3 Tagen der Woche bei dem zuständigen Polizeikommissar melden und Wohnungsveränderungen 24 Stunden vorher anzuzeigen. Oegen Leo und Willi Skarel sind die Haftentlassungsanträge abgelehnt worden.

## Ausland.

### Die Habsburger Kron- und Familienjuwelen.

Paris, 12. März. Die feinerzeitige Veräußerung eines großen Teiles der Habsburger Kron- und Familienjuwelen hatte vor einem Pariser Gerichtshof ein Nachspiel. Kaiser Karl hatte während seines Aufenthaltes in der Schweiz diese Juwelen dem österreichischen Konsul Steiner zum Verkauf übergeben, und Steiner war im Mai 1929 vor einem Pariser Gerichtshof von der Witwe Kaiser Karls, der Kaiserin Sita, wegen Veruntreuung angeklagt, jedoch freigesprochen worden. Für den erlangten Erlös hatte Steiner Wertpapiere von einer Million Franken gekauft, und seine Frau, die damals in Paris im Palais einer Gräfin Balthus wohnte, hatte diese Wertpapiere, als sie in die Schweiz abreißen wollte, ihrer Tochter Maria übergeben. Fräulein Steiner verkaufte die Wertpapiere und verbannte das Geld gemeinsam mit dem Grafen und der Gräfin Balthus bis auf einen geringen Rest. Das Ehepaar Steiner verkaufte nun das Ehepaar Balthus, und die Gräfin wurde im Dezember 1926 in Paris zu 6 Monaten Gefängnis und zu einer Geldstrafe verurteilt. Der Graf wurde, nachdem er einen Teil des Schadens gut gemacht hatte, freigesprochen. Von beiden Seiten wird nun teils gegen die Verurteilung, teils gegen den Freispruch Einspruch erhoben. Die Verhandlung fand dieser Tage statt, das Urteil wird in zwei Wochen schriftlich bekannt gegeben. In der ganzen Sache ist das auffallendste, dass das feinerzeit freigesprochene Ehepaar Steiner immerhin eine Million Franken ließ, während die Kaiserin Sita weder von ihren Juwelen noch von dem Erlös je wieder etwas gesehen hat.

### Streikmethode in Indien.

Wie aus Bombay gemeldet wird, kam es in einem Eisenbahndienst bei Panalla zwischen den Streikenden der dortigen Eisenbahngesellschaft und der Polizei zu einem heftigen Kampf, wobei 2 Polizisten und 50 Streikende verwundet wurden. In Ausführung des Beschlusses des Streikausschusses hatten 300 streikende Eisenbahner sich auf die Schienen gelegt, um so den Verkehr zu unterbrechen. Die Polizei verbotene 2 Streikführer und versuchte die Menge mit Stöcken auseinanderzutreiben, wodurch es zu dem Kampf kam.

## Aus Stadt und Bezirk

### Sonntagsgedanken.

#### Erwachender Frühling.

Es sind nicht die leichten Farben, die lustigen Töne und die warme Luft, die uns im Frühling so begeistern; es ist der stille, weisagende Geist unendlicher Hoffnungen, ein Wortgefühl vieler froher Stunden, die Ahnung höherer, ewiger Blüten und Frühlinge.

Man kann einen seligen, seligsten Tag haben, ohne etwas anderes zu gebrauchen als blauen Himmel und grüne Frühlingserde.

Ich lausche immer in die Schöpfung und warte mit stundenlangem Atem, daß ich die geheime Herrlichkeit alles Geschaffenen sehe, das Ewige in ihr.

Neuenbürg, 12. März. Bei der letzten Mittwoch stattgefundenen General- und Protetierversammlung des Bezirks-Birtenvereins gegen die drohende steuerliche Belastung des Gastwirtsberufes und gegen das geplante Schankstättengesetz führte Vorstand Carl Schramacher folgendes aus: Es hat den Anschein, als ob unsere Gesetzgebung es darauf abgesehen hat, den gewerblichen Mittelstand zu vernichten. Wenn wir unter Augenmerk auf die in letzter Zeit neu erhobenen Steuern rücken, hier ist in erster Linie die Biersteuer anzuführen, so muß man sagen, daß jede weitere Erhöhung dieser Steuer einen starken Konsumrückgang und den Ruin vieler gewerblichen Erzeugnisse zur Folge hat. Gerade in unserem Gewerbe ist in den letzten Jahren eine starke Verschuldung eingetreten, selbst altbekannte Betriebe mußten schließen, da sie nicht mehr imstande waren, den heutigen wirtschastlichen Stand zu halten, und dieses Gewerbe will man noch mit Sondersteuern belegen? Wo bleibt die Menschlichkeit vor den Befehlen? Auf der einen Seite beschlagnahmt man Steuerleistungen und auf der anderen Seite belegt man einen lebenswichtigen Wirtschaftszweig mit neuen Steuern. Es ist unmöglich, auch noch diese weitere Steuererhöhung zu tragen; aus diesem Grunde muß die geplante Biersteuererhöhung fallen. Bezüglich des Schankstättengesetzes verfolgen wir im wachsenden Maße den Fortgang der Beratungen des Reichstages im Hinblick auf den Reichstag. Die Relation ist kein Mittel gegen die Alkoholgefahren, aber die Erhöhung so und so vieler in gewerblichen Betrieben beschäftigter Leute ist gefährdet, wenn die Bestimmungen der Relation gegenüber den schon bestehenden Konzeptionen angewendet werden. Anschließend daran brachte er folgende Entschließung zur Kenntnis der Versammlung: „Die in Neuenbürg am 12. März versammelten Gastwirte erheben aus tiefster Not mit aller Nachdruck Protest gegen die drohende steuerliche Belastung lebenswichtiger Verbrauchsgegenstände. Die bisherigen außerordentlich hohen Steuern und öffentlichen Abgaben aller Art haben die wirtschaftliche Lage des gesamten Gast- und Schankwirtsberufes verheerend verschlechtert, daß eine weitere Erhöhung der Biersteuer in Verbindung mit der seit 1. Januar d. J. in Kraft getretenen starren Erhöhung der Tabaksteuer, der ab 5. März d. J. durchgeführten beträchtlichen Erhöhung der Zölle auf Kaffee und Tee, der geplanten Erhöhung des Benzinpreises, der beschlossenen Einführung einer Mineralwassersteuer und ganz besonders in Verbindung mit der von gewissen Kreisen verlangten Wiedereinführung der Gemeindegewerbesteuer zur wirtschaftlichen und sozialen Verelendung des Gast- und Schankwirtsberufes führen muß. Tritt mit der Forderung der Reichstagsgesetzgebung für gewerbliche Räume, mit den Erhöhungen der Löhne und aus sonstigen Ursachen eingetretene Vermehrung der Betriebskosten bei das Gastwirtsberufes in seinen Verkaufserlösen bisher nicht abwälzen können. Bei einer so weitgehenden steuerlichen Mehrbelastung jedoch, wie sie seitens des Reichstags beantragt wurde, wäre das Gewerbe nicht mehr in der Lage, auch nur einen Bruchteil dieser einseitigen neuen Belastung tragen und gewöhnen, diese reißlos dem Verbraucher aufbürden. Dadurch würde aber der ohnehin schon auf 50 Prozent der Vorkriegszeit gesunkene Verkehr in den Geschäften einen Tiefstand erreichen, bei dem eine Aufrechterhaltung der Betriebe nicht mehr möglich sein wird, ganz abgesehen davon, daß der mit Sicherheit eintretende Konsumrückgang das wertvolle Steuer- und Zollaufkommen sehr stark beeinträchtigt wird. Das Gastwirtsberufes beruft sich auf die programmatische Erklärung der derzeitigen Reichsregierung vom 3. März 1928, in der diese bei Übernahme ihrer Amtsgeschäfte feierlich die Notwendigkeit einer umfassenden Steuerentlastung betont und es erwartet vom Reichstag, daß er einen Bruch der Versprechens nicht zulassen und jede Steuererhöhung ablehnt wird. Gleichzeitig erhebt das deutsche Gastwirtsberufes Vorschlag gegen die vom Reichstagsausschuss beschlossene Deutsche Reichstages zum Schankstättengesetz geschlossenen Verträge, in denen zum Teil eine verfassungswidrige Veräußerung des Eigentums und ein unzulässiger Eintrag in die durch die Verfassung gewährleistete gewerbliche Freiheit stattfindet.“ Diese Entschließung fand einstimmige Annahme und soll sofort an die zuständigen Behörden in Berlin weitergeleitet werden. Nachdem auch einige interne Sachen besprochen wurden, schloß der Vorsitzende mit Dankesworten an die Erschienenen die Versammlung.

Th. Voß.

Neuenbürg, 15. März. Kaum hat sich das Grab des Schulhebers a. D. Senfer in Schwann geschlossen, und wieder müssen wir über einen weiteren Todesfall berichten. Schulhebers Friedrich Kentschler von Langenbrand, ist am letzten Mittwoch bei der Beerdigung seines Kollegen Schulhebers Senfer in Schwann erkrankten Schlaganfall erlitten. Dieses tragische Zusammentreffen ereignete sich.

... ist kostenlos, ... während der ... Pflanz- ... März, von 10 bis ... Haarpflege, ... Ebertstraße 16 L.

... enbürg, ... höne

... Pflanz- ... Schweine ... kaufen ... Höhe 594 u. 649.

... rkenfeld, ... bereits noch neuen ... Gärtner- ... Pflanzwagen

... er Tragkraft), sowie ... 1 eiserne Egge ... zu verkaufen ... reich Deschlagger, ... „Bären“.

... rkenfeld, ... Schöne 37 ... Wochen ... trädliche ... Kalbin

... en, ... tlinger Str. 43.

... rkenfeld, ... Eine ... gute ... Milch- ... und ... Fabrik- ... hat zu verkaufen

... Albert Bänzer, ... rrenalber Str. 10.

... enbach, ... 0 Zentner ewiges

... leehheu

... Carl Glanzer, ... er, gesunder Junge ... Eltern

... ker- ... hriftelle.

... demann, Brot- und ... rei, Anleitungen be ... Karlsruhe.

... drennadh, ... 50 Zentner

... heu, ... t neuen Wagen, ... 0 Zentner Tragkraft, ... haltendes Bredack

... ie Wacker, Wn- ... pfenhardt, ... ine schwere, gut ge-

... n, ... en trädlich, zu ver-

... Friedrich Keller ... „Köhle“.

... Bildbad, ... Eine hoch- ... trädliche

... Ruh

... kaufen ... Wilhelmstr. 68.

... z-Ordner

... z-Locher

... ge-Mappen ... empfiehlt

... sche Buchhandlg.







ches für in Argis  
an deutschem Eigen  
belassen sich auf  
eigle hält dessen die  
gehörnde Entsch.

14. wurde am Freitag  
15 fortgesetzt. Der  
Zahl der Handels-  
männer die Dal-  
ingenoschaften  
einen Antrag. Der  
ndelkammern, die  
sei eine Uebertret-  
reine zu streben,  
erzungen haben,  
von ihrem Ueber-  
llionen H.M. an  
Berufen arbeiten  
ung sei die Schen-  
ur wollen  
ur Frage der  
ag besteht sei, den  
ch das Publikum  
das Schanzstätten-  
enten, man könne  
schaffen. Bei der  
(Zw.) abgelehnt  
tungs- und Wirt-  
herung zur Ver-  
Abmachungen zu-  
undbestimmern, durch  
Hoffinger für die  
teresse der Wirt-  
werden können.  
tag einen Beschl-  
einer Verwertung  
isse verlos zu be-  
r. Bänderreife-  
namenten Aussch-  
rtung der Kapitel  
erfolge. Der Ab-  
dass bei Betriebs-  
der Wirtsehrift zu  
Bengler (Hr.) be-  
als eine besonders  
Die Verbringungs-  
geht werden. Am  
ing. Nach weiterer  
amstag vormittag

ndingswahlgesetz  
esentwurf der de-  
des Landeswahl-  
Dervorarbeiten sind  
genannt wird das  
Wahlvorschlüsse im  
10. in reformator  
den übrigen Wahl-  
gleichzeitig mit  
auf eine schrift-  
bers über seine  
vorschlag vorgelegt  
f mehreren Wahl-  
aber auf mehreren  
ung in verschiede-  
den amtlich ber-  
Stimmabgabe er-  
enthaltenen Be-  
Die Befähigung  
blagen wird nicht  
g einzelner Namen  
ttgart-Stadt, wo-  
nanzmittel durch die  
unrichtigen Wahl-  
denen nicht un-  
wahlvorschlages der  
mit Zusätzen ver-  
hen, sind unzulässig.  
g gültige Stimmen  
wahlvorschlages, der  
fen ist, wird für je  
geordneter zugewie-  
ahl nicht erreichen  
eigen (Bestimmen)  
der Stimmen, die  
schloßen Bezirks-  
15 000 abgegeben  
H. Schwabe Reich-  
ch danach ergeben  
el aus dem Landes-  
den bietet nicht an  
ie die dem Landes-  
vorschlages verteilt.  
tellungszahl 15 000  
hält eine entspre-  
dann noch verblei-  
beiratswahlvorschl-  
teilt. Die auf die  
wahlvorschlages des  
Tage werden den  
logische, die auf  
iden Tage den Be-  
Die Wahlbezirks-  
2. Oberamtstut-  
beramt Redarim,  
Lehringen, Hall,  
wanen, Keresheim,  
nd. 11. Wailingen,  
Besigheim, Praden-  
15. Ludwigsburg,  
herndorf, Freuden-  
schingen, 19. Ba-  
Böblingen, Herren-  
Nürtingen, Kirch-  
5. Ehingen, Wem-  
rach, Vöppingen, 2.  
ning, Wangen.

her  
Neuenbürg.

### Finanzreform und Reichsreform.

Berlin, 14. März. Die Verhandlungen, die zurzeit im Reichstag über den angelegten Defizitionsplan geführt werden, scheinen den Arbeiten zur Reichsreform einen starken und das wäre immerhin was grundlegend Neues — praktischen Antrieb zu geben. Bekanntlich hat Preußen den Antrag auf Aushebung des § 35 des Finanzausgleichs gestellt. Dieser Antrag wird zwar, wie sich unschwer voraussehen läßt, im Reichstag abgelehnt werden; seine Befassung ist, wie wir bereits mitgeteilt haben, vorläufig aufgeschoben worden. Indes wird er, wie man in politischen Kreisen glaubt, bei den finanzpolitischen Auseinandersetzungen im Reichstag eine umso größere Rolle spielen. Aber auch im Reichstag selbst liegen neben ihm bereits noch einige andere Anträge zum Vordringen ab vor, die, wenn auch nicht seine Ausbeutung, so doch wesentliche Änderungen fordern. Die Geldüberweisungen des Reiches an die leistungsschwachen Länder sollen nämlich mehr oder weniger gestrichelt werden. Für einen dieser Anträge, die in ihrer praktischen Wirkung nach der gleichen Richtung wie die dreifachen Absichten zielen, könnte auch im Reichstag eine Mehrheit sich finden. Eine solche Neuregelung müßte aber kurz oder lang dahin führen, daß einige der kleinen Länder vor die Notwendigkeit gestellt sind, ihre staatliche Selbständigkeit aufzugeben und in ihren Räten an das Reich oder an Preußen sich zu wenden. Für die nunmehr in Fluß kommenden Verhandlungen dürften, so nimmt man in den an der Reichsreform interessierten Kreisen an, die Ergebnisse der von der Vorkonferenz bislang getroffenen theoretischen Vorarbeiten die Plattform abgeben.

### Befassung auf der Rechten.

Berlin, 14. März. Der Streit um Hindenburg dauert an. Die „Deutsche Zeitung“ scheint entschlossen zu sein, den Sieger von Tannenberg von nun ab zweimal täglich unter ihr Icommelleuer zu nehmen, wobei der Ton des alldeutschen Organs immer rüder wird. Es verdient aber festgehalten zu werden, daß sie dabei in der deutschen nationalen Presse keine Gefolgschaft findet. Die „Deutsche Tageszeitung“ hatte schon in ihrem Morgenblatt auseinandergelegt, daß der Reichspräsident gar nicht über die Macht verfügt, die Entscheidung, selbst wenn er das gewollt hätte, für die Dauer anzuzusetzen. Derselbe haben wird am Abend in der „Arbeitszeitung“ ruhig und schlicht weitergesprochen. Selbst eine vom Reichspräsidenten verhängte Auflösung des Reichstags, wird da gesagt, hätte kaum zum Ziele geführt, da der Reichspräsident nur einmal wegen derselben Sache den Reichstag auflösen vermag. Das Organ des Grafen Scharp erklärt freimütig, den zweiten Teil der Verlautbarung Hindenburgs nicht ohne innere Bewegung gelesen zu haben: „Nach wie haben an dem hohen Blickpunkt des Reichspräsidenten von Hindenburg niemals geworfen und wir haben durchaus Verständnis für die inneren Kämpfe, die er in letzter Zeit durchgemacht hat, als er sich die Frage immer wieder vorlegen mußte, ob er mit einer Verweigerung seiner Unterschrift den richtigen Weg beschreiten würde. Es entspricht auch seiner hohen Auffassung der Pflicht, daß er seine eigene Person vor der Sache hat zurücktreten lassen.“ Das ist anständiger, ist zugleich menschliche Opposition. Der Ueberfall der „Deutschen Zeitung“ veranlaßt Arthur Nahrman, den Hochmeister des Jungdeutschen Ordens, sich in einer Erklärung an der Spitze des Ordensorgans hinter den Reichspräsidenten zu stellen. In der „Gott erhalte Hindenburg“ überschriebenen Auslassung heißt es u. a.: „Der Reichspräsident von Hindenburg, Führer der Frontsoldaten im Weltkriege, unterschreiben Sie, was Ihnen Ihr Gewissen und Ihr Verantwortungsgewissen diktieren. Wir wissen, daß Sie nur unterschreiben, weil Sie an die Zukunft der Nation glauben. Ihre Angreifer haben nicht das Recht, im Namen der Nation zu sprechen, auch nicht im Namen des nationalen Deutschland. Das nationale Deutschland verheißt Ihnen Entschluß, das nationale Deutschland wird sich nicht von Ihnen trennen. Es wird Ihnen die Töne halten, weil es weiß, daß es sein Schicksal selbst in den Händen hat.“

### Zwangsmaßnahmen in Thüringen.

Weimar, 14. März. Der Vortrags des Entwurfs eines Ermächtigungsgesetzes für die thüringische Regierung liegt jetzt vor. Danach sollen die gesamte Landesverwaltung und der gesamte Behördenaufbau im Hinblick auf die Not von Land und Volk zur Vereinfachung und Verbilligung umgebaut werden. Der Regierung wird zu diesem Zwecke die Ermächtigung erteilt, bis zum Ablauf des 30. Septembers dieses Jahres in Thüringen bestehende Organe durch Verordnung der Behörden aufzugeben, die Zuständigkeit der Landesbehörden, sowie die der Kreise und Gemeinden und ihrer Behörden neu zu ordnen, sowie landesrechtliche Zuständigkeiten Kreisbehörden zu übertragen, ferner das Verfahren in Verwaltungssachen und Verwaltungsgerichtsverfahren insbesondere im Rechtsmittelzug zu vereinfachen und schließlich staatliche Kreisbehörden kommunaler einzurichten. Die Reform wird zu einer Einsparung an Beamtenkräften führen; der Ueberschritt in den Ruhestand soll erleichtert werden.

### Aus dem Reichstag.

Berlin, 14. März. Der Reichstag beendete heute zunächst die zweite Beratung des Republikanengesetzes, dessen §§ 1-8 mit einer geringfügigen Änderung in der Ausschussfassung angenommen wurden. Ueber den § 9 fand namentliche Abstimmung statt, die die Annahme mit 25 gegen 115 Stimmen ergab. Der Rest des Gesetzes wurde in der Ausschussfassung angenommen mit der Änderung, daß das Gesetz spätestens am 1. Dezember 1932 außer Kraft tritt. Darauf wurde in erster Beratung das Protokoll behandelt, das mit einem Antrag der Deutschen Volkspartei auf Verabreichung der Ausnahmemaßnahmen für Roggen und entsprechende Befreiung des Kleingeldes an den volkswirtschaftlichen Ausschuss überwiesen wird. Annommen wird ein Ausnahmestützungsantrag, der die Reichsregierung ersucht, sofort alle Maßnahmen zu treffen, um den Roggenpreis vor einem noch weiteren Abfall zu bewahren und ihn auf eine den Produktionskosten angemessene Höhe heraufzuführen. Nach Verhandlung kleinerer Vorlagen vertagte sich das Haus auf morgen 10 Uhr.

### Hindenburgs Entschluß in Paris.

Paris, 14. März. Die Kundgebung des Reichspräsidenten von Hindenburg zu den Saager Annahmen wird in Paris im allgemeinen sehr sympathisch aufgenommen. Man bezeichnet sie als eine erste Mahnung an das deutsche Volk, in der es durch den Staatschef über seine wahren Interessen aufgeklärt werde und die sich in sehr erfreulicher Weise von den früheren Kundgebungen des ehemaligen deutschen Kaisers unterscheidet. Es wird dem Reichspräsidenten hoch angerechnet, daß er allen Anfeindungen der deutschen Reichsparteien trozend eine Unterschrift unter die Saager Annahmen gesetzt und dadurch den Weg für die Anwendung des Neuen Planes freigegeben hat. In der französischen Rechtspresse wird sein Entschluß, die Verantwortung für die Anwendung des Neuen Planes auf sich zu nehmen und sie nicht durch das Mittel einer Volksabstimmung auf das deutsche Volk abzuwälzen, als ein Akt besonderer Staatsmännlichkeit bewertet.

## Zwangsvorsteigerung.

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll versteigert werden am

**Dienstag den 6. Mai 1930, nachmittags 2 Uhr,**  
auf dem Rathaus in Neuenbürg

das auf Markung Neuenbürg belegene, im Grundbuch von Neuenbürg, Heft 34, 1 Nr. 4, zur Zeit der Eintragung des Versteigerungsvermerks auf den Namen des **Wieland, Eugen**, Mechanikermehlfers in Neuenbürg, eingetragene Grundstück:

Geb. Nr. 21: Wohnhaus mit Werkstätte, Laden, Lager, Anbau und Hofraum, nebst

Parz. 445/3: Gemüsegarten, Weide und Gehölz,

zus. —: 8 a 67 qm

an der Forzheimer Straße,

gemeinderätlich geschätzt

am 22. Januar 1929 zu —: 25 000 RM.

Der Versteigerungsvermerk ist am 25. November 1929 in das Grundbuch eingetragen.

Es ergeht die Aufforderung, Rechte, soweit sie zur Zeit der Eintragung des Versteigerungsvermerks aus dem Grundbuch nicht ersichtlich waren, spätestens im Versteigerungstermin vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anzumelden und, wenn der Gläubiger widerspricht, glaubhaft zu machen, widrigenfalls sie bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Ansprüche des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt werden.

Diesemjenigen, welcher ein der Versteigerung entgegenstehendes Recht haben, werden aufgefordert, vor der Erteilung des Zuschlags die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens herbeizuführen, widrigenfalls für das Recht der Versteigerungserlöses an die Stelle des versteigerten Gegenstandes tritt.

Neuenbürg, den 11. März 1930.

Kommissär: Bezirksnotar Fald.

## Zwangsvorsteigerung.

Im Wege der Zwangsvollstreckung sollen versteigert werden am

**Mittwoch den 14. Mai 1930, nachmittags 2 Uhr,**  
auf dem Rathaus in Schwann

das auf Markung Schwann belegene, im Grundbuch von Schwann, Heft 369, 1 Nr. 1 bis 7, 19, 20, 29, 30, 35 und 36, zur Zeit der Eintragung des Versteigerungsvermerks auf den Namen des **Gentner, Karl**, Gärtners in Schwann, eingetragene Grundstücke:

gemeinderätlich geschätzt am

24. April 1929 zu RM.

P. 1103, Geb. 140/5: 19 a 30 qm Gärtnerei,

Bienenstand, am Marktweg,

P. 1099, Geb. 140/2, 3, 4: 13 a 94 qm Gärtnerei,

Gewächshäuser, Logerschuppen, dafelbst,

Geb. 140: 1 a 80 qm Wohnhaus und Hofraum,

dafelbst,

P. 1104, Geb. 140/1: 13 a 51 qm Gärtnerei,

Scheuer, Schuppen und Nebengebäude,

dafelbst,

geschätzt zus. zu —: 28 000.—

Die dazugehörigen 432 Frühbeetfenster sind

geschätzt zus. zu —: 4 000.—

P. 1096: 16 a 31 qm Acker, Mähfeld I —: 800.—

P. 1097: 15 a 87 qm Baumacker, dafelbst —: 800.—

P. 1100: 7 a 98 qm ebenso —: 400.—

P. 1150: 17 a 47 qm Baumacker,

am Jägerweg —: 400.—

P. 1191: 16 a 59 qm Acker, Mähfeld II —: 650.—

P. 1101: 8 a 02 qm Acker, Mähfeld I —: 400.—

P. 1385: 21 a 88 qm Baumschule,

Mähfeld II —: 900.—

P. 1386: 21 a 88 qm Acker, Mähfeld II —: 900.—

P. 656: 31 a 98 qm Acker, in Schloßacker —: 1 200.—

Die Zubehörden wurden am 18. Febr. 1930

geschätzt zu —: 2 551.—

Der Versteigerungsvermerk ist am 16. Januar 1930 in das Grundbuch eingetragen.

Es ergeht die Aufforderung, Rechte, soweit sie zur Zeit der Eintragung des Versteigerungsvermerks aus dem Grundbuch nicht ersichtlich waren, spätestens im Versteigerungstermin vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anzumelden und, wenn der Gläubiger widerspricht, glaubhaft zu machen, widrigenfalls sie bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt werden.

Diesemjenigen, welcher ein der Versteigerung entgegenstehendes Recht haben, werden aufgefordert, vor der Erteilung des Zuschlags die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens herbeizuführen, widrigenfalls für das Recht der Versteigerungserlöses an die Stelle des versteigerten Gegenstandes tritt.

Neuenbürg, den 13. März 1930.

Kommissär: Bezirksnotar Fald.

### Gemeinde Birkenfeld.

Nächsten Montag den 17. ds. Mts., abends 7 Uhr, kommen auf der Gemeindepflege aus Abteilung „Hinterer alter Hou“

## 11 Schlagraumlose

im öffentlichen Ausschreib zum Verkauf.

Birkenfeld, den 14. März 1930.

Gemeindepfleger Volan.

## Hochzeits-Karten

liefert rasch und preiswert

die E. Nech'sche Buchdruckerei.

## Zwangsvorsteigerung.

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll das auf Mar-

kung Waldrennach belegene, im Grundbuch von Waldrennach, Heft 57 Abt. 1 Nr. 1 zur Zeit der Eintragung des Versteigerungsvermerks auf den Namen des **Eugen Lötterle**, Pressers in Waldrennach eingetragene Grundstück:

Geb. Nr. 99: Wohnhaus und Hofraum,

Parz. 261/12 Gemüsegarten, unbebst. Weg, in Steinäckern,

6 a 93 qm

am Freitag den 21. März 1930, nachmittags 3 Uhr,

auf dem Rathaus in Waldrennach versteigert werden. Das

Grundstück wurde am 2. Februar 1929 gemeinderätlich ge-

schätzt zu 8400 RM.

Der Versteigerungsvermerk ist am 16. Dezember 1929 in das Grundbuch eingetragen.

Es ergeht die Aufforderung, Rechte, soweit sie zur Zeit

der Eintragung des Versteigerungsvermerks aus dem Grund-

buch nicht ersichtlich waren, spätestens im Versteigerungster-

min vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anzu-

melden und, wenn der Gläubiger widerspricht, glaubhaft zu

machen, widrigenfalls sie bei der Feststellung des gering-

sten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des

Versteigerungserlöses dem Ansprüche des Gläubigers und den

übrigen Rechten nachgesetzt werden.

Diesemjenigen, welcher ein der Versteigerung entgegenstehendes

Recht haben, werden aufgefordert, vor der Erteilung des

Zuschlags die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des

Verfahrens herbeizuführen, widrigenfalls für das Recht der

Versteigerungserlöses an die Stelle des versteigerten Gegen-

standes tritt.

Bei Zwangsvorsteigerungen findet in der Regel nur ein

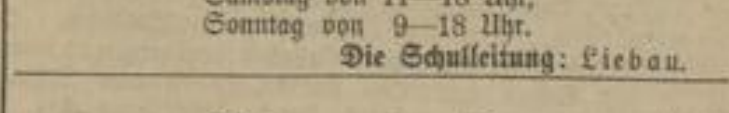
Termin statt.

Neuenbürg, den 28. Januar 1930.

Kommissär: Bezirksnotar Klett.

### Waldrennach.

Der am Dienstag den 18. März ds. Js. fällige



## Biehmarkt

wird unter nachstehenden Bedingungen

abgehalten:

1. Aus Maul- und Klauenseuche-Sperr- und Beobachtungs-

gebieten darf Vieh nicht zugeführt werden.

2. Personen aus verseuchten Orten dürfen den Markt

nicht besuchen.

3. Vieh aus den benachbarten badischen Bezirken wird

zugelassen, wenn bürgermeisteramtliche Ursprungszeug-

nisse und für Händlerrecht bezirksamtliche Gesund-

heitszeugnisse beigebracht werden, woraus die Seuchen-

freiheit des Herkunftsorts ersichtlich ist.

Den 14. März 1930.

Schultheißenamt.

## Städt. Frauenarbeitschule Wildbad.

Anmeldungen für die am 23. April ds. Js. be-

ginnenden Tageskurse im

1. Handnähen,
2. Wäschennähen, für Anfänger und Fortgeschrittene,
3. Kleidernähen,
4. Sticken, sowie

Anmeldungen für die Abend- und Nachmittagskurse

werden von jetzt an entgegengenommen.

Städt. Frauenarbeitschule Wildbad.

## Frauenarbeitschule Wildbad.

Statt jeder besonderen Einladung.

Die Frauenarbeitschule stellt am 22. und 23. März im

Sitzungslokal des Rathauses Arbeiten ihrer Schülerinnen aus.

Die Ausstellung ist geöffnet:

Samstag von 11—18 Uhr,

Sonntag von 9—18 Uhr.

Die Schulleitung: Liebau.



Du sparst  
an Schuhen  
Geld. Sorgen,  
kauf heut  
Erdal  
wart nicht  
bis morgen!

## Erdal

Für alle Schuhe!





